

Ullrich Mies/Jens Wernicke (Hg.)

FASSADENDEMOKRATIE UND TIEFER STAAT

Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter

ISBN 978-3-85371-425-6, br., 272 Seiten, 19,90 Euro

Auch als E-Book erhältlich



Mit Beiträgen von Jörg Becker, Daniele Ganser, Bernd Hamm, Hansgeorg Hermann, Hannes Hofbauer, Jochen Krautz, Mike Lofgren, Rainer Mausfeld, Hermann Ploppa, Jürgen Rose, Werner Rügemer, Rainer Rupp, Andreas Wehr, Wolf Wetzels und Ernst Wolff.

Immer sichtbarer wird für Beobachter des Zeitgeschehens die schleichende Transformation parlamentarischer Demokratien in Richtung autoritärer Systeme. Organisationen, die sich ausschließlich Kapitalinteressen verpflichtet fühlen, schaffen suprastaatliche Strukturen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen. Vom Volk gewählte politische Repräsentanten sehen sich zu Handlangern der ökonomisch Mächtigen degradiert, viele von ihnen vollziehen den Schulterchluss mit ihnen.

Politik im bürgerlichen Staat war zwar schon immer interessengeleitet, neu an der aktuellen Situation ist aber die Tatsache, dass sich die Einflussnahme der Global Player nicht mehr auf die Lobby – die Vorhalle – politischer Institutionen beschränkt, sondern dass Budget-, Finanz-, Sozial- und Umweltpolitik zunehmend auf Konzernrechnern konzipiert und dann nur mehr den einzelnen nationalen Parlamenten zum Absegnen vorgelegt werden.

„Das Ende der Demokratie ... wie wir sie kennen“ übertitelte der 2015 verstorbene Soziologe Bernd Hamm seinen Beitrag und gab damit den Anstoß für dieses Buch. Die hier versammelten Autoren analysieren seinen Befund aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Gemeinsam teilen sie die Überzeugung, dass sich die liberalen Demokratien, wie sie sich seit dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet haben, im Niedergang befinden. Ihr aktueller Status ist mit dem Begriff der „Fassadendemokratie“ passend beschrieben.

Während der aus immer weniger voneinander unterscheidbaren Parteien bestehende Parlamentarismus ein Schauspiel für die Öffentlichkeit abgibt, liegt die reale Macht dahinter im sogenannten „Tiefen Staat“. Dieser Tiefe Staat als Werkzeug der ökonomisch Mächtigen ist mit exekutiven und legislativen Diensten verflochten, deren Personal sich in transatlantischen Think-Tanks versammelt. Kapitalkräftige Medienkonzerne kommunizieren dort Beschlossenes als angeblich alternativlos. Wirtschaftliche und militärische Logik dominieren. Das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen, scheint besiegelt.

Die Herausgeber

Ullrich Mies, geboren 1951, studierte Internationale Politik in Duisburg und Kingston/Jamaika und lebt als Unternehmer und Aktivist in den Niederlanden.

Jens Wernicke, geboren 1977, ist diplomierte Kulturwissenschaftler, arbeitet als Journalist u.a. für das Institut für Medienverantwortung und ist leitender Redakteur bei der Plattform „Rubikon“.



Von der Verteidigung zur Intervention

Imperiale Ambitionen deutscher und europäischer Außen- und Kriegspolitik

Von Jürgen Rose

Seit der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 ist klar: Im Gegensatz zu etwa zwei Dritteln der Bundestagsabgeordneten lehnt die überwältigende Mehrheit im Lande (Globalisierungs-)Kriege strikt ab. Noch während des Kalten Krieges war diese pazifistische Geisteshaltung sicherheitspolitischer Grundkonsens. Im Gegensatz zu den sogenannten Meinungseliten in Politik und Medien, die ihren „Ordinärbellizismus“ ungehemmt hinausposaunen, müssen sich Andersdenkende als Anhänger eines „Vulgärpazifismus“^d denunzieren lassen. Damit entpuppt sich das Verfahren außen- und sicherheitspolitischer Entscheidungsfindung als Fassadendemokratie. Die Frage liegt nahe, ob die Bevölkerung zukünftig direkt selbst bestimmen sollte, ob und wann deutsche Streitkräfte in bewaffnete Konflikte entsandt werden.

Die Transformation der Bundeswehr und ihr globalisierter Auftrag

Seit dem Ende des Kalten Krieges treiben die Protagonisten der Berliner Republik den grundlegenden Wandel der Außen- und Sicherheitspolitik voran. Den Anlass für jenen Paradigmenwechsel hatte bereits 1988 Michail Gorbatschows Amerika-Experte Georgij Arbatow geliefert, als er warnte: „Wir werden euch etwas Schreckliches antun. Wir werden euch des Feindes berauben“². Diese Ankündigung veranlasste den damaligen NATO-Generalsekretär Manfred Wörner zu der Devise: „Out of area or out of business“³. Hieraus folgte, dass sich Atlantische Allianz und Bundeswehr umgehend alternative militärische Betätigungsfelder erschließen mussten⁴. Der daraus resultierende strukturelle Umbau der Bundeswehr folgte der Devise, dass Frieden auch mit Gewalt geschaffen werden müsse. Das strategische Ziel des Reform- und Transformationsprozesses ist eindeutig: die Kriegführungsfähigkeit der Bundeswehr zu steigern.⁵ Mindestens 10.000 SoldatInnen sollen zeitgleich dauerhaft in zwei Auslandseinsätzen und einer Marinemission eingesetzt werden können. Zur materiellen Unterfütterung der globalen Interventions- und Angriffsfähigkeit wurden Rüstungsbeschaffungsprogramme⁶ aufgelegt. Der sicherheitspolitische Paradigmenwechsel spiegelt sich u.a. prägnant im »Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr« wider.

Das neue Weißbuch – Armutzeugnis bundesdeutscher Sicherheitspolitik

Zehn Jahre nach Erscheinen des letzten Weißbuchs präsentierte die Bundesregierung der Öffentlichkeit 2016 die Neufassung dieses sicherheitspolitischen Grundsatzdokumentes⁷. Auf knapp 140 reich bebilderten

¹ Thea Dorn: Vulgärpazifismus. Künstler und Intellektuelle fordern den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Den Preis dafür aber nennen sie nicht, in: Die Zeit, Hamburg, Nr. 39 vom 17. September 2009; <http://www.zeit.de/2009/39/op-ed>; Vgl. hierzu die Replik von Jürgen Rose: Das ist Schreibstuben-Bellizismus. Rückzug unvermeidlich. Was Deutschland am Hindukusch tatsächlich verteidigt. Eine Replik, in: der Freitag – Das Meinungsmedium, Nr. 22, 02. Juni 2010, S. 10; <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/das-ist-schreibstuben-bellizismus>, letzte Zugriffe am 19.04.2017

² Georgij Arbatow zit. in: Anonym: „Wir werden euch des Feindes berauben“, in: Der Spiegel, Nr. 50/1988, S. 22; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531160.html>, letzter Zugriff am 19.04.2017

³ Vgl. Richard D. Lugar,; NATO: Out of Area or Out of Business: A Call for U.S. Leadership to Revive and Redefine the Alliance, Remarks Delivered to the Open Forum of the U.S. Department of State, August 2, 1993

⁴ Vgl. hierzu Anonym: „Einsatz ins Ungewisse“, in: Der Spiegel, Nr. 5/1995, S. 77; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9158709.html>, letzter Zugriff am 19.04.2017, letzter Zugriff am 19.04.2017

⁵ Vgl. Christian Stache: Kriegsvorbereitung am Schreibtisch. Die Ergebnisse der Reformprojekte für die „Neuausrichtung der Bundeswehr“, IMI-Analyse 2011/036, Tübingen, 31.10.2011, S. 5; http://www.imi-online.de/download/CS_Ausdruck_Dez2011.pdf, letzter Zugriff am 19.04.2017

⁶ Vgl. hierzu Lühr Henken: „Einsatzbereit – jederzeit – weltweit“ unter <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/henken2011.html>, letzter Zugriff am 19.04.2017

⁷ Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.): Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin 2016;

NATO- und US-Angriffskriegen längst Lügen gestraft worden. Zu nennen sind hier der Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ohne jedes völkerrechtliche Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen 1999, die ebenfalls völkerrechtswidrige Beteiligung an der Invasion Afghanistans im Oktober 2001 sowie die Unterstützung des völkerrechtlichen Verbrechens gegen den Irak und seine Menschen mit Tausenden von Bundeswehrsoldaten im Jahre 2003.⁹

Als ebenso verlogen und völkerrechtswidrig müssen auch Waffenlieferungen der Bundesregierung in das nahöstliche Kriegsgebiet und weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete gesehen werden: Sie lieferte u.a. atomwaffenfähige deutsche U-Boote, massenhaft Pistolen, Sturmgewehre, Maschinenpistolen und -gewehre, ferner Mörser und Panzerabwehrkraketen sowie Kampfpanzer und modernste Artilleriegeschütze, getreu der Devise „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. Angesichts dieser Praxis fortwährenden Rechtsbruchs ist es der Gipfel des Zynismus, wenn es im Weißbuch heißt, dass „die Proliferation von Kleinwaffen auf globaler Ebene bekämpft werden [soll]“ und dass „[w]irksame Rüstungskontrolle, Transparenz und Vertrauensbildung sowie eine restriktive Rüstungsexportpolitik Voraussetzung, Mittel und Grundlage friedlicher Streitbeilegung und Abrüstung [bleiben]“.

Entgrenzung

Zur Legitimationssicherung der gewandelten Sicherheitspolitik und ihrer militärischen Komponente enthält das aktuelle Weißbuch eine Reihe ausgeklügelter Handlungsstrategien, die sich unter die Begriffe Entgrenzung, Durchdringung und Aneignung subsumieren lassen. Diese sind zugleich dessen vielleicht problematischste Aspekte.

Der erste Schlüsselbegriff Entgrenzung umfasst sowohl geographische als auch inhaltliche Optionen für unterschiedlichste Einsätze deutscher Streitkräfte. Diese reichen von der „präventiven Selbstverteidigung“ über die „antizipatorische Nothilfe für Bündnispartner“, den Missbrauch im Rahmen einer „reformulierten Responsibility to Protect“, die Aufgabenpriorisierung im Rahmen „internationaler Konfliktverhütung“ bis hin zur zügellosen Nutzung der „Bundeswehr als Instrument der Außenpolitik“.

Durchdringung

Die Worte „Vernetzung“ resp. „vernetzen“ zählen zu den häufigsten Begriffen des Weißbuchs. Diese Modebegriffe sind positiv besetzt, denn wer möchte isoliert da stehen, vielmehr wollen üblicherweise alle gern in Netzwerken geborgen sein. Diese Tatsache machen sich die Sicherheitsstrategen dienstbar, wenn sie den „vernetzten Ansatz“ zur „zentralen Richtschnur unseres Regierungshandelns“ erklären. „Unser Land“, so die Weißbuchschreiber, „verfüge über vielfältige Kompetenzen und Instrumente, die zur Bewältigung innerer und äußerer Herausforderungen eingesetzt werden.“ Und eines der wichtigsten dieser Instrumente ist die Bundeswehr. Bei der ganzen Vernetzungs-Rhetorik geht es letztlich um die Legitimitätsbeschaffung für das Militär. Die Bundeswehr soll als unverzichtbares Instrument der bundesdeutschen Außen- und Sicherheitspolitik im Bewusstsein der Öffentlichkeit verankert werden. Und so ist es selbstverständlich, dass für das Verteidigungsministerium gilt, die „Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren“ weiter zu intensivieren und zwar „national wie international“. Zu diesem Zweck werden zivilgesellschaftliche, nichtstaatliche Organisationen unter sicherheitspolitischen Vorzeichen gekapert und kolonisiert. Mittels dieses vernetzten Ansatzes sollen alle nur denkbaren Sicherheitsrisiken bewältigt werden und zwar auch mit als absolut unverzichtbar suggerierten militärischen Gewaltmitteln.

Aneignung

Der dritte Schlüsselbegriff verweist auf die zu Zeiten der rot-grünen Regierungskoalition neuentwickelte außen- und sicherheitspolitische Option, die Streitkräfte der wiedervereinigten Berliner Republik zur nationalen Interessendurchsetzung in der Weltpolitik offensiv dienstbar zu machen. Dies entspricht der von

⁹ Vgl. hierzu Jürgen Rose: Ernstfall Angriffskrieg. Frieden schaffen mit aller Gewalt?, Hannover 2009.

Gerhard Schröder ausgegebenen Parole der „Enttabuisierung des Militärischen“¹⁰. Von da an war Schluss mit der „bewährten Kultur der Zurückhaltung“ in militärischen Dingen, ab sofort begann Deutschland, sich mit Hilfe seines Militärs eine neue Rolle im internationalen System anzumaßen.

Seinen paradigmatischen Ausdruck fand dieser Prozess in einem Ende 2013 gemeinsam von zwei führenden transatlantischen Lobbyorganisationen, dem „German Marshall Fund of the United States“ (GMF) und der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP), fabrizierten Machwerk mit dem Titel „Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“¹¹. Die Parolen dieses Machwerks trug das „Trio Infernale“ der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen auf der „Münchener Sicherheitskonferenz“ Anfang 2014 wie folgt vor:¹²

- „Es ist trügerisch, sich vorzustellen, Deutschland sei geschützt vor den Verwerfungen unserer Zeit – wie eine Insel ... Eben deshalb können die Folgen des Unterlassens ebenso gravierend wie die Folgen des Eingreifens sein – manchmal sogar gravierender.“
- „Der Einsatz von Militär ist ein äußerstes Mittel. Bei seinem Einsatz bleibt Zurückhaltung geboten. Allerdings darf eine Kultur der Zurückhaltung für Deutschland nicht zu einer Kultur des Heraushaltens werden. Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“
- „Krisen und Konflikte betreffen jeden, der sich verantwortlich fühlt für internationale Stabilität. ... Daher ist Abwarten keine Option. Wenn wir über die Mittel und Fähigkeiten verfügen, dann haben wir auch eine Verantwortung, uns zu engagieren.“

Was mit derlei Phrasen tatsächlich gemeint ist, konkretisiert das neue Weißbuch ungeniert. Dort wird beispielsweise der „Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger durch Prosperität unserer Wirtschaft und freien sowie ungehinderten Welthandel“ zum sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands erklärt. Im Klartext: Es geht um „unseren“ Wohlstand, nicht um den anderer oder etwa um globalen Ausgleich und Gerechtigkeit. Folgerichtig ergibt sich hieraus für die Bundeswehr, dass diese „gemeinsam mit Partnern und Verbündeten zur Abwehr sicherheitspolitischer Bedrohungen für unsere offene Gesellschaft und unsere freien und sicheren Welthandels- und Versorgungswege beizutragen [hat]“.

Diese penetrant neokolonialistischen bis -imperialistischen Programmaussagen kontrastieren auffällig mit dem epochalen Urteilsspruch des Leipziger Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni 2005 zum im Artikel 87a des Grundgesetzes normierten Verteidigungsauftrag der deutschen Streitkräfte.¹³ Die Richter strichen besonders heraus, dass „der Einsatz der Bundeswehr ‚zur Verteidigung‘ mithin stets nur als Abwehr gegen einen ‚militärischen Angriff‘ (‚armed attack‘ nach Art. 51 UN-Charta) erlaubt [ist], jedoch nicht zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung ökonomischer oder politischer Interessen“. In Anbetracht dessen wird deutlich, wie weit die für die Sicherheitspolitik dieser Republik Verantwortlichen den Boden des Grundgesetzes längst verlassen haben.

Um ihren kriegerischen Interventionismus und Neokolonialismus zu verbrämen, bedienen sich die Eliten der Berliner Republik in Orwell'scher Manier des Neusprechs von der „Übernahme von Führung und

¹⁰ Gunter Hofmann, Michael Naumann: Eine neue Form der Selbstverteidigung. Ein ZEIT-Gespräch, in: Die Zeit vom 18. Oktober 2001; http://www.zeit.de/2001/43/200143_schroeder.xml, letzter Zugriff am 19.04.2017

¹¹ Stiftung Wissenschaft und Politik/ German Marshall Fund of the United States (Hrsg.): Neue Macht – Neue Verantwortung. Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, Berlin 2013; http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf, letzter Zugriff am 19.04.2017

¹² Siehe hierzu: <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>; http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2014/140201-BM_MuSiKo.html; https://www.securityconference.de/fileadmin/MSC_/2014/Reden/2014-01-31_Rede_BMin_von_der_Leyen_MSC_2014.pdf, letzter Zugriff am 19.04.2017

¹³ <http://www.bverwg.de/entscheidungen/pdf/210605U2WD12.04.0.pdf>, letzter Zugriff am 19.04.2017

Verantwortung in der internationalen Politik“¹⁴. Und so sind „Führung“ und „Verantwortung“ die meistgebrauchten Begriffe im neuen Weißbuch. In der Einführung betont Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass „Deutschlands wirtschaftliches und politisches Gewicht ... uns [verpflichtet], im Verbund mit unseren europäischen und transatlantischen Partnern Verantwortung für die Sicherheit Europas zu übernehmen, ...“. Im Schlußabsatz fasst Ursula von der Leyen ihr sicherheitspolitisches Mantra in die Worte: „Damit steht Deutschland auch mit der Bundeswehr international und national für Bündnistreue und Verlässlichkeit – geleitet durch seine Interessen und verbunden mit der Bereitschaft, auch in Führung zu gehen sowie in der internationalen Sicherheitspolitik mehr Verantwortung zu übernehmen.“

Weitaus wichtiger als das anachronistisch anmutende verteidigungsministerielle Manifest wäre dagegen ein »Weißbuch zur Friedenspolitik der Bundesrepublik Deutschland«, das sich am Friedensgebote des Grundgesetzes und auch Völkerrechts orientiert. Und demgemäß wäre der Leitspruch der Bundeswehr abzuändern. Statt: „Wir.Dienen.Deutschland.“ müsste er lauten: „Wir.Dienen.Dem Frieden.“

Friedensmacht Europa – eine Alternative?

Deutsche Großmachtambitionen einzuhegen stand im Mittelpunkt des europäischen Integrationsprozesses, der 1951 mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) begann. Über die europäische Binnenperspektive hinaus lieferte Jürgen Habermas weitere essentielle Begründungen für die vertiefte Integration der Europäischen Union. Diese ergäben sich aus der spezifischen Konstitution des internationalen Systems: „Zum einen haben kleinere und mittlere Nationalstaaten alleine kaum noch eine Chance, je für sich auf das weltpolitische Geschehen Einfluß zu nehmen. Zum anderen besteht in der multikulturell gespaltenen, aber systemisch ausdifferenzierten Weltgesellschaft keine Aussicht auf die transnationale Institutionalisierung einer Weltinnenpolitik, wenn sich die Nationalstaaten nicht – neben »geborenen« Weltmächten wie den USA, Russland, China und Indien – zu global handlungsfähigen regionalen Regimes in der Art der EU zusammenschließen.“¹⁵ Im transatlantischen Frontblatt dieser Republik „Die Zeit“ benannte Habermas noch ein besonders delikates Motiv für die Vertiefung des europäischen Zusammenschlusses: „Der erklärte Unilateralismus der USA hat seit der Verkündung der Bush-Doktrin im Herbst 2002 die Glaubwürdigkeit der normativen Grundlagen westlicher Politik zerstört. Als Katalysator einer neuen Weltordnung hat er auf allen Seiten eine sozialdarwinistische Enthemmung von Gewaltpotenzialen und rücksichtslose Verfolgung nationaler Interessen ausgelöst.“ Unterstützung für sein Anliegen erfuhr er erstaunlicherweise von einem der Hauptrepräsentanten des außenpolitischen Establishments der Berliner Republik, dem konservativen Historiker Heinrich August Winkler. Dieser mahnte ein größeres Engagement der Europäer auf dem Feld der Sicherheitspolitik an: „Die Mitglieder der EU werden mehr als bisher für ihre gemeinsame äußere Sicherheit tun und diese arbeitsteilig organisieren müssen, wenn sie ihre einseitige Abhängigkeit von den USA verringern wollen. Andernfalls werden die Proteste gegen den amerikanischen Unilateralismus nur ein Ausdruck europäischer Ohnmacht bleiben.“¹⁶

Der neue US-Präsident Trump verdankt seinen Wahlerfolg nicht zuletzt der Parole „America First!“ Damit hat der amerikanische Unilateralismus zusätzlich an Brisanz gewonnen. Folgerichtig konstatierte der prominente britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze kürzlich: „Die Tatsache, dass ein Präsident Trump überhaupt möglich geworden ist, erfordert von Europas Demokratie und in allererster Linie von der deutschen Demokratie eine strategische Reaktion, eine Synthese aus Sicherheitspolitik, Euro-Politik, Finanz- und Wirtschaftspolitik.“¹⁷ Auch Egon Bahr, einer der wohl renommiertesten Vordenker der sogenannten Strategie

¹⁴ Vgl. hierzu Jochen Bittner, Matthias Naß: Kurs auf die Welt, in: Die Zeit, Nr. 7, 6. Februar 2014, S. 3; <http://www.zeit.de/2014/07/deutsche-aussenpolitik-sicherheitskonferenz>, letzter Zugriff am 19.04.2017

¹⁵ Jürgen Habermas: Erste Hilfe für Europa. in: Die Zeit, Nr. 49, 29. November 2007, S. 6; <http://www.zeit.de/2007/49/Europa>, letzter Zugriff am 19.04.2017

¹⁶ Heinrich August Winkler: Wenn die Macht Recht spricht, in: Die Zeit, Nr. 26, 18. Juni 2003, S. 8; http://www.zeit.de/2003/26/Essay_Winkler, letzter Zugriff am 19.04.2017

¹⁷ Adam Tooze: Ohne großen Bruder, in: Die Zeit, Nr. 7, 9. Februar 2017, S. 8; <http://www.zeit.de/2017/07/europa-usa-donald-trump-krise-deutschland-vetomacht-verantwortung>, letzter Zugriff am 19.04.2017

Community, begründete auf dem Feld der Sicherheitspolitik die Notwendigkeit einer größeren Eigenständigkeit der Europäischen Union. In Erwiderung auf das Zitat des berühmten-berühmten US-amerikanischen Chefstrategen Zbigniew Brzezinski, dass „Europa sicherheitspolitisch ein Protektorat Amerikas bleibt“¹⁸, formulierte Bahr unmissverständlich¹⁹: „Das verlangt die Bildung einer europäischen Armee. Sie wäre die natürliche Fortsetzung der Europäisierung Europas, wie sie schon formuliert wurde, als es noch zwei Supermächte gab. Die eine ist nun weg und diese Selbstbestimmung ist nur noch im Verhältnis zu Amerika zu gewinnen. Das geht jedoch nur ohne England.“ Denn, so Bahr: „Die Interessen Amerikas und Englands ergänzen sich. Würde dagegen die EU ihren Beschlüssen folgen und die Integration auf die Außen- und Sicherheitspolitik ausdehnen, müsste sie eine europäische Armee schaffen. Doch davon ist keine Rede mehr. Die durch Amerika gelenkte NATO ist einfacher.“

Als Leitidee europäischer Streitkräfte definierte Bahr: „Die europäische Armee würde der Vision folgen, die Präsident Bush Senior nach der Befreiung Kuwaits formuliert hat: „Eine Welt, in der die Herrschaft des Rechts die Welt des Dschungels ablöst, eine Welt, in der die Starken die Rechte der Schwachen respektieren. Mit dieser Haltung wird eine Politik der Gewalt im Grunde zu einer Negation des Rechts erklärt. ... Eine europäische Armee muss modern ausgerüstet, einheitlich ausgebildet und durch ein eigenes Kommando führbar sein. Sie würde nicht ohne ein Mandat der Vereinten Nationen eingesetzt werden. Sie müsste als ein konventionelles Instrument, das die atomaren Realitäten unberührt lässt, dazu fähig sein, die Verpflichtungen der Stabilität in kritischen Regionen militärisch zu garantieren – also zu verhindern, dass aus einer Krise Kriege werden – oder Zeit gewinnen können, um Frieden zu schaffen. Eine europäische Armee bedroht niemanden. Sie würde dem Ziel Europas dienen, einen globalen Pol zu bilden, den die Welt nicht entbehren möchte. ... Sie wäre die logische Fortsetzung des Anspruchs auf eine globale Rolle, der schon mit der Schaffung des Euro erhoben worden ist und damit der wohl unentbehrliche Schritt, damit aus der bloß angemäßigsten Bezeichnung Union wirklich eine Europäische Union werden kann.“

Parameter einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“

Welchem Maßstab müsste eine derartige „Europäische Verteidigungsunion“ genügen und nach welchen Kriterien wäre sie zu konstruieren? Wie Egon Bahr postulierte, ist die *Conditio sine qua non* fraglos die zwingende Bindung an das Völkerrecht – und zwar eines Rechts, das die Vereinten Nationen in der Charta definierten, und nicht das juristische Zuhälter nach der jeweiligen Interessenlage des US-Hegemons. Im Klartext: Im Rahmen einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ dürfte militärische Gewaltanwendung ausschließlich entweder auf der Grundlage eines eindeutig erteilten Mandates gemäß Kap. VII SVN des UN-Sicherheitsrates oder alternativ von der OSZE als regionaler Abmachung der Vereinten Nationen (Kap. VIII SVN) erfolgen oder aber im Rahmen individueller bzw. kollektiver Selbstverteidigung gemäß Art. 51 SVN.

Darüber hinaus müssten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihre gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Interessendefinieren, d.h. Gegenstand und Geltungsbereich einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ festlegen.

Wie die aktuellen Krisen und kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien und der Ukraine belegen, sind politische, ökonomische, demographische und ökologische Probleme und Konflikte mit militärischen Mitteln ohnehin nicht zu lösen. Deshalb gilt es, die traditionellen Stärken der Europäischen Union zu fördern: geduldige Diplomatie, multilaterale Konfliktlösung, Stärkung der Vereinten Nationen, d.h. mühsame Friedensarbeit. Für eine derartige Friedenspolitik steht der EU auch das ausreichende ökonomische Potential zur Verfügung. Die „Enttabuisierung des Militärischen“ ist der falsche Weg. Vielmehr ist die Rückbesinnung auf eine der Vernunft und der Humanität verpflichtete „Kultur der Zurückhaltung“ erforderlich.

¹⁸ Vgl. Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft. Frankfurt am Main 2001⁴, S. 92.

¹⁹ Egon Bahr: Braucht die Europäische Union eine eigenständige Sicherheitspolitik?, in: Michael Staack/Dan Krause (Hrsg.): Europa als sicherheitspolitischer Akteur, Opladen, Berlin & Toronto 2014, S.15 – 24.

Strategische Selbstbeschränkung

Der konzeptionelle Schlüsselbegriff hinsichtlich einer zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ lautet: Begrenzung:

- Erstens geht es nicht um Hegemonie oder gar Imperialismus auf der Grundlage militärischer Machtentfaltung und nach dem abschreckenden Beispiel der USA, sondern im Gegenteil um die friedenssichernde Beschränkung militärstrategischer Ambitionen. Die Devise muss lauten: „Der Frieden ist der Ernstfall“²⁰, und nicht „Frieden schaffen mit aller Gewalt“²¹.
- Zweitens wird die Sicherheit der Europäischen Union nicht durch sicherheitspolitische Ersatzhandlungen „am Hindukusch“, sondern primär im Mittelmeer und an dessen Küsten verteidigt. Der Aktionsradius der zukünftigen „Europäischen Verteidigungsunion“ muss also somit geographisch limitiert bleiben.
- Drittens gilt, dass eine Politik des militaristischen Größenwahns à la USA absurd ist. Sie schafft vielmehr erst die Probleme, die sie später zu bewältigen vorgibt. Das koloniale Abenteuer der USA und ihrer Vasallen im Irak illustriert bis heute eindrücklich, wo die Gefahren eines solchen Dominanzstrebens liegen. Auch in Afghanistan haben die Hilfstruppen der NATO gemeinsam mit ihrer Führungsmacht – trotz aller nachdrücklichen Warnungen – eine verheerende Niederlage erlitten. Hinsichtlich des sogenannten Krieges gegen den Terror gilt für die Europäer generell: je mehr sie sich der Imperialmacht anschließen desto höher das Risiko, ins Fadenkreuz des islamistischen Terrors zu geraten. Für die Europäische Union ergibt sich daraus die Konsequenz, Abstand zu den USA zu halten, sich gegenüber der islamischen Welt als eigenständiger Akteur zu präsentieren sowie glaubwürdige politische und ökonomische Alternativen anzubieten.
- Viertens sollte die Europäische Union den völkerrechtlichen Status der Neutralität²² einnehmen. Zugleich impliziert dies, dass eine zukünftige Europäische Verteidigungsunion den Status bewaffneter Neutralität²³ wahrt. Im völkerrechtlichen Sinne wird Neutralität heute vor allem militärisch definiert: Neutral ist, wer keiner offensiv Krieg führenden Partei oder keinem militärischen Bündnis angehört. Militärische Verteidigung ist einem Neutralen aber erlaubt, in gewissen Fällen ist er sogar dazu verpflichtet. Desgleichen schließt Neutralität keineswegs die aktive Mitwirkung an Maßnahmen im Rahmen und strikt nach den Regeln der Charta der Vereinten Nationen aus; dies gilt insbesondere auch für militärische Zwangsmaßnahmen gemäß Kapitel VII. Aus dem Prinzip der Bündnisfreiheit folgt zwingend der Austritt der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten aus dem klassischen Militärbündnis der NATO²⁴.

Davon abgesehen betrifft ein völkerrechtlicher Neutralitätsstatus nicht allein militärische Angelegenheiten, sondern ebenso wirtschaftliche Beziehungen, die neutral zu gestalten sind. Die Vorteile dieser Neutralitätspolitik liegen auf der Hand: Erstens werden Neutrale, da sie sich nicht an Militärbündnissen beteiligen, von Gegnern dieser Bündnisse in der Regel nicht als Bedrohung wahrgenommen und daher nicht angegriffen. Und zweitens können Neutrale durch aktive Neutralitätspolitik zur Stabilisierung von internationalen Krisen beitragen und bieten sich für Verhandlungen zwischen verfeindeten Bündnissen an.

Eine auf den Status „immerwährender Neutralität“ verpflichtete „Europäische Verteidigungsunion“ sollte

²⁰ Gustav Heinemann: „Der Frieden ist der Ernstfall“; <http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/Chapter12Doc2NEW1.pdf>, letzter Zugriff am 19.04.2017

²¹ Jürgen Rose: Frieden schaffen mit aller Gewalt, in: Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung, Nr. 29, 12. Juli 2002, S. 4; <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/frieden-schaffen-mit-aller-gewalt>, letzter Zugriff am 19.04.2017

²² Vgl. Anonym: Neutralität_(Internationale_Politik); [http://de.wikipedia.org/wiki/Neutralität_\(Internationale_Politik\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Neutralität_(Internationale_Politik)), letzter Zugriff am 19.04.2017

²³ Vgl. Anonym: Bewaffnete Neutralität; http://de.wikipedia.org/wiki/Bewaffnete_Neutralität, letzter Zugriff am 19.04.2017

²⁴ Siehe hierzu: Jürgen Rose: NATO weggetreten! (I), in: Ossietzky, Nr. 4/2015, S. 127 – 130; <http://www.sopos.org/aufsaeetze/54e2fecec9f52/1.phtml>; sowie ders.: NATO weggetreten! (II), in: Ossietzky, Nr. 5/2015, S. 164 – 167; <http://www.sopos.org/aufsaeetze/54f4242edd99a/1.phtml>, letzte Zugriffe am 19.04.2017

somit lediglich über ein militärisches Residualpotential verfügen, das operativ einer strategisch begrenzten Zielsetzung genügen muss. Aus bitterer historischer Erfahrung klug geworden hat das alte Europa vor allem der Maxime zu folgen: „Frieden schaffen mit möglichst wenigen Waffen“. Der deutschen und europäischen Öffentlichkeit sollte an einer solchen neutralen und unparteiischen Friedensmacht Europa gelegen sein. Könnte sich diese Macht doch auf den langen Marsch zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Universalismus begeben. Zweifelsohne ist die Öffentlichkeit gut beraten, die Vision einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion“ ständig kritisch, besser noch misstrauisch zu begleiten.